



**GRUPPE PIRATEN**  
*Hamburg-Nord*

Gruppe PIRATEN Hamburg-Nord, Wilstedter Weg 3, 22417 Hamburg

An  
die Vorsitzende des  
Hauptausschusses

Frau Dagmar Wiedemann

Hamburg, 16. Februar 2016

### **Einladung von VertreterInnen der Initiative „Freifunk Hamburg“**

Das Bezirksamt verfasste nach über einem Jahr eine Stellungnahme zu einem Prüfantrag von SPD, GRÜNE, CDU, LINKE, FDP und PIRATEN, unter welchen Bedingungen der Initiative "Freifunk Hamburg" Zugang zu den Dächern vom Bezirk genutzter Gebäude zur Installation von WLAN-Repeater zum Ausbau des Freifunknetzes gewährt werden kann (siehe Drucksache 20-2566).

Der Tenor der Stellungnahme des Bezirksamts, nach dem ein solches Ansinnen nicht unterstützt werden kann, widerspricht zum einen den „Freifunk Hamburg“ lobenden Stimmen aus dem Umfeld von Senat und Bürgerschaft. So schrieb das Amt Medien der Senatskanzlei, dass „Freifunk Hamburg“ eine "hochengagierte, zivilgesellschaftliche Initiative" sei, dass ein "guter Kontakt zur Initiative" bestehe, dass "ein Förderantrag wohlwollend geprüft" werde und vor allem dass "die Zurverfügungstellung privater und öffentlicher Dächer" für Freifunk begrüßt werde (siehe Anhang).

In der Stellungnahme des Bezirksamts finden sich darüber hinaus mehrere nicht nachvollziehbare Punkte. So schreibt das Bezirksamt exemplarisch zum einen, dass die Vermieter zwar unter der "Prämisse eines fachgerechten Aufbaus" bereit seien Repeatertechnik auf den Dächern zuzulassen, dass für die „damit verbundenen Kosten allerdings keine Ressourcen zur Verfügung“ stünden. Allerdings enthielt schon die Begründung im oben erwähnten Antrag, dass „Freifunk Hamburg“ für alle Kosten selbst aufkommt und höchstens die Stromkosten gestellt werden müssen. Hierzu wird ein Dachnutzungsvertrag zwischen „Freifunk Hamburg“ und dem Gebäudeinhaber geschlossen, indem die Kostenübernahme genau festgelegt ist. Kürzlich konnte auf diese Weise u.a. die Behörde für Umwelt und Energie



Gruppe PIRATEN Hamburg-Nord, Wilstedter Weg 3, 22417 Hamburg

gewonnen werden. In 2015 konnte „Freifunk Hamburg“ für derartige Installationen auf Mittel des Chaos Computer Clubs zurückgreifen, und mittlerweile können sogar Anträge an die FHH gestellt werden (siehe oben).

Darüber hinaus schreibt das Bezirksamt, dass „Freifunk Hamburg“ in einer "rechtlichen Grauzone" agiere und die "rechtlichen Bedenken des Senates zudem geteilt" würden. Im oben erwähnten Schreiben aus dem September 2015 teilt das Amt Medien der Senatskanzlei allerdings mit, dass "rechtliche Bedenken durch Freifunk Hamburg ausgeräumt werden konnten". Die Informationen des Bezirksamts scheinen damit überholt. Eine rechtliche Grauzone ist auch nicht erkennbar, da jeglicher Internetverkehr zur Anonymisierung nicht über das Ausland, sondern über einen in Deutschland anerkannten Provider geleitet wird, für den nach TMG das sogenannte Providerprivileg gilt.

Da auch der Zentrale Koordinationsstab Flüchtlinge zur Versorgung der Geflüchteten mit Internet und WLAN in den Zentralen Erstaufnahmestellen und Folgeunterkünften eng mit „Freifunk Hamburg“ zusammenarbeitet, ist es verwunderlich, dass das Bezirksamt Hamburg-Nord zu gänzlich anderen Einschätzungen kommt. Ein Austausch zwischen der Initiative und dem Bezirksamt erscheint als ein sinnvoller und notwendiger Schritt.

**Vor diesem Hintergrund möge der Hauptausschuss beschließen:**

Zur nächstmöglichen Sitzung des Hauptausschusses mögen VertreterInnen der Initiative „Freifunk Hamburg“ eingeladen werden, um vor dem Hintergrund der Stellungnahme des Bezirksamts über Freifunk aufzuklären sowie über das Engagement in Hamburg und die Möglichkeiten für den Bezirk Hamburg-Nord zu berichten.

Dorle Olszewski

Markus Pöstinger

Für die Gruppe PIRATEN

Anhang: Empfehlungsschreiben vom Amt Medien der Senatskanzlei